



Recherche Stipendien:

Die Wahrheit dahinter

Recherche fordern und fördern



Ein offenes Auge für Ihre Recherche.

kontext ist eine Gesellschaft zur Förderung junger Journalisten. Wir bieten finanzielle Unterstützung, praktisches Know-how und wertvolle Kontakte.

kontext vergibt jährlich 10 Recherchestipendien, jedes in Höhe von maximal 3000 Euro.

Bewerben können sich Journalistikstudenten, Jungredakteure und freie Journalisten bis 35 Jahre. Ganz gleich, ob aus dem Print-, Hörfunk- oder TV-Bereich.

kontext ist eine Initiative der Ruhrgas AG mit dem Ziel, die Meinungs- und Pressefreiheit zu stärken.

Anschrift:
kontext-
Gesellschaft zur Förderung junger Journalisten
Huttopstraße 60
45138 Essen

Tel. 0201 184-4464
Fax 0201 184-4351
kontext@ruhrgas.com

kontext



Gesellschaft zur Förderung junger Journalisten

Eine Initiative der Ruhrgas AG

■ Luxusgut oder Lebensmittel?

Eine kritische Medienöffentlichkeit ist Mondamin für eine funktionierende Demokratie

Am Tag der internationalen Pressefreiheit (3.5.) gab es wieder zahlreiche Beteuerungen und Mahnungen zur Bedeutung der freien Presse. Meist von Politikern, die sich in der täglichen Routine gegen konkrete Verbesserungen der praktischen journalistischen Arbeit stemmen. Jenseits der Gedenktags-Prosa hat der Leipziger Journalistikprofessor Michael Haller nüchtern bilanziert, dass Deutschland bei der Sicherung der Pressefreiheit nur im „hinteren Mittelfeld“ liege. „Mangelnde Informationsrechte für Journalisten“ und die nur in Ausnahmen gewährte Auskunftspflicht der Behörden, belegen diesen Befund. „Gleichzeitig bleibt in den personell ausgedünnten Redaktionen weniger Zeit für Recherche.“ Gegen diese Tendenzen arbeitet netzwerk recherche mit zahlreichen Initiativen:

- Blockaden der Pressestellen in Politik und Wirtschaft sollen künftig gelöst werden. Deshalb haben wir zusammen mit anderen Organisationen (dju, djv, TI und HU) den Entwurf eines eigenen „Informationsfreiheitsgesetzes“ vorgelegt. Ein ganz wichtiger Baustein zur Sicherung der Pressefreiheit.
- Die neue Zeitschrift „Cicero“ wartet mit einer neuen Blattstruktur auf. „Medienmacht“ steht gleichberechtigt neben den Texten aus der 'Berliner Republik', der 'Weltbühne' oder dem 'Kapital'. Eine neue Zeitsangabe. Mit „Medienmacht“ und ethischen Fragen eines seriösen Journalismus hat sich auch das netzwerk recherche beschäftigt. Das nr-Konzeptpapier zu einer Neuausrichtung des „Deutschen Presserates“ und zur Etablierung eines neuen Medien-Codex für alle Medien finden Sie ebenfalls in dieser Dokumentation.
- Pressefreiheit kann nur gesichert werden, wenn eine gründliche Recherche gesichert ist, die die Themen ans Tageslicht befördert, die die Allianz der PR-Schreiber und Unterhaltungs-Ingineure mit grossem Aufwand verhindern oder verschwinden lassen. Konferenzen, Lehrbücher, Modellseminare, Fachdiskussionen, Auszeichnungen, Stipendien und Publikationen von nr haben sicher in den vergangenen Jahren die Bedeutung der Recherche für die journalistische Praxis sowie die Aus- und Weiterbildung gefördert. Aber es wäre naiv, wenn man Ankündigungen der Verantwortlichen in den Medien, künftig die Recherche intensiver zu fördern, bereits mit konkreten Verbesserungen in der journalistischen Arbeit verwechseln würde.

Die Medien als „Vierte Gewalt“, als „Wächteramt“, als „kritisches Korrektiv“ – Viele, schöne Worte. Damit Journalisten nur in die Nähe solcher hohen Ansprüche kommen können, muss die Pressefreiheit immer wieder verteidigt, genutzt und damit geschützt werden. Die gründliche, hintergründige und systematische Recherche spielt dabei eine entscheidende Rolle. Sie ist das Qualitäts-Scharnier für einen seriösen Journalismus.

Thomas Leif

Inhalt

- 5 netzwerk recherche Stipendien
- 8 Operation Positivliste
- 10 FAQ's
- 13 Top Ten der vernachlässigten Themen
- 15 nr für die Abschaffung des Amtsgeheimnisses
- 20 Ergebnisse einer nr-Befragung
- 22 Aktuelles Jahresprogramm
- 26 Ein Ethik-Kodex für alle Medien
- 33 nr – Die Ziele
- 34 Ausgewählte Literatur



netzwerk recherche
unterstützt
junge, talentierte
Journalisten dabei,
einer Geschichte
auf den Grund zu gehen.
Die Recherche relevanter,
unveröffentlichter Themen
wird mit einem Stipendium
in Höhe von bis zu
5.000 Euro gefördert.
Interesse?

Mehr Information unter:
www.netzwerkrecherche.de
oder Rückfragen unter:
info@netzwerkrecherche.de

■ „netzwerk recherche“ Stipendien

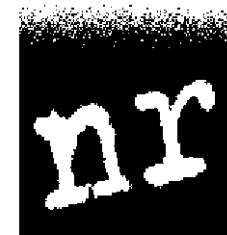
Das erste Stipendium war gleich ein voller Erfolg. Am 16. April 2003 veröffentlichte die Wochenzeitschrift „Die Zeit“ ein Dossier über den inszenierten Hunger. Autor war Lutz Mükke. Bei seiner Recherche fand Mükke heraus, dass es in Äthiopien genügend Wasser gibt, obwohl doch die Entwicklungshelfer der UN der Welt eine Dürrekatastrophe einreden wollen. Mükke war der erste Stipendiat, den „netzwerk recherche“ unterstützte. Ohne das innovative Stipendiumskonzept wäre diese Recherche nur schwer zu realisieren gewesen. Mükke wurde ausreichend Geld zur Verfügung gestellt und während seiner Recherchen konnte er sich laufend an seinen Mentor, Christoph Maria Fröhder, wenden. Der erfahrene Journalist stand dem Stipendiaten immer als Ansprechpartner und Berater zur Verfügung.

Inzwischen konnten weitere Stipendienprojekte erfolgreich abgeschlossen und publiziert werden. Die enge Kooperation zwischen Mentor und Rechercheur hat sich in allen Fällen bewährt. Sehr gute Rechercheergebnisse und große Publikationen kamen durch diese enge Zusammenarbeit heraus. So recherchierte zum Beispiel Martin Rücker zum Themenkomplex der EU-Osterweiterung über ein Kraftwerk in Litauen. Er konnte in mehreren Tageszeitungen publizieren. Ulrich Jonas Projekt über ausgesetzte Obdachlose schaffte es in die Frankfurter Rundschau. Auch Anja Einfeldt berichtete in dieser Zeitung – über zwei Seiten. Sie recherchierte ein Thema zur Gesundheitsreform – „Operation Positivliste – wie die Pharnalobby eine Reformidee stoppte“. (vgl. Abdruck des Recherche-Ergebnisses in dieser Dokumentation)

Diese Beispiele belegen: Die „netzwerk recherche“ Stipendien sind eine Chance für alle jungen Journalisten. Sie können ein solides Fundament für eine weitere journalistische Karriere bilden.

Die Journalistenvereinigung „netzwerk recherche“ bietet engagierten Rechercheuren die Chance brisanten Themen aus den Bereichen Umwelt, Wirtschaft und aus Ostdeutschland intensiv und gründlich nachzugehen. „Fördern und Fordern“ ist auch unser Motto. Wir fördern eine fundierte breite Recherche, wie sie in vielen Redaktionen immer seltener möglich ist. Wir fordern einen präzisen, klaren und gründlichen Antrag, damit die Recherche später auch veröffentlicht werden kann. Ein Mentor/in helfen am Ende des Recherche-Stipendiums bei der optimalen Platzierung. Die Mentoren sind Ansprechpartner für die Stipendiaten und sollen zu möglichst tiefer und hintergründiger Recherche anregen. Gliederung und Aufbau der Rechercheberichte müssen mit dem Betreuer abgesprochen werden, ebenso wie jede Recherchereise. Der Mentor ist dafür verantwortlich, dass die abgelieferten Berichte den Anforderungen des netzwerks genügen, Mentoren können gegebenenfalls Umarbeitungen zur Optimierung veranlassen.

Bei den Stipendien kommt es vor allem auf die Substanz und die Relevanz des gewählten Themas an. Unser Focus richtet sich auf die gewählten Recherchewege und einen markanten Rechercheplan. Wir wollen junge, motivierte Talente fördern, alle Bewerber/innen haben aber die gleichen Chancen. Entscheidend sind ausschließlich das Thema, die journalistische Inspiration und ein überzeugender Rechercheplan.



netzwerk
recherche

■ Das Super-Stipendium „Nichts als die Wahrheit“

Netzwerk-Recherche unterstützt junge, talentierte Journalisten mit 5.000 Euro

Gründliche Recherche scheidet oft am Geld, heißt es mitunter. Zumindest für einen jungen, talentierten Journalisten soll dies nicht mehr das vorrangige Problem sein. Ein mit 5.000 Euro dotiertes Stipendium des Netzwerk Recherche soll es möglich machen, der Geschichte nachzuspüren, die man schon immer einmal recherchieren wollte.

Die Anforderungen:

- Thema ist frei wählbar und soll in einem ausführlichen Exposé vorgestellt werden
- Tabellarischer Lebenslauf
- Bis zu 3 Arbeitsproben
- Bewerber benennt Ansprechpartner (andere Journalisten, frühere Arbeitgeber oder Professor etc.)

Ausschreibung: ab Juli 2004

Einsendeschluss: 31. Oktober 2004

Nach einer Auswahl der 5 besten Bewerbungen durch eine Vor-Jury von Mitgliedern des Netzwerk Recherche wird eine Jury von namhaften Chefredakteuren und leitenden Redakteuren deutscher Zeitungen und Fernsehsendern einen Preisträger bestimmen.

Auslobung: 15. Dezember 2004

Der Stipendiat muss die Recherche innerhalb von 4 Monaten abgeschlossen haben. Dem Stipendiat wird ein namhafter und erfahrener Recherchejournalist als Mentor zur Seite gestellt. Das Netzwerk Recherche wird anschließend dem Stipendiaten dabei behilflich sein, das Ergebnis seiner Arbeit zu veröffentlichen. Zudem wird der Stipendiat und seine Arbeit bei der Jahrestagung 2005 des Netzwerk Recherche vorgestellt und gewürdigt.

Mehr Informationen unter: www.netzwerkrecherche.de
Oder Rückfragen unter: Info@netzwerkrecherche.de



FAQ's: Wie muss ich ein Stipendium beim Netzwerk Recherche beantragen?

Ziel des Stipendiums von Netzwerk Recherche ist es, vor allem solche journalistische Projekte zu fördern, die politisch relevant sind, ohne die Unterstützung von Nr aber nicht realisiert würden. Bevorzugt werden Themen und Projekte gefördert, die publizistische wichtige, aber bislang öffentlich vernachlässigte Themen aufgreifen. Die Stipendiaten werden nach Vorlage eines aussagekräftigen Rechercheplans von einem Mentor begleitet und betreut.

Wer kann sich bewerben?

Volontäre, Freie und festangestellte Journalisten, die bereits über journalistische Erfahrungen verfügen und auf Grund ihrer Ausbildung in der Lage sind, eine hintergründige und gründliche Recherche anzufertigen. Junge Talente werden gezielt gefördert.



Lutz Mücke veröffentlichte seine Recherche-Ergebnisse in einem ZEIT-Dossier (April 2003)

Welche Unterlagen müssen eingereicht werden?

Detaillierte Projektskizze, Arbeitshypothese, Rechercheplan, Rechercheziel, Leitfragen der Recherche, Zeitplan. Die Vorgehensweise und die bisher bereits erledigten Recherchen müssen klar erkennbar sein, Arbeitsproben, Lebenslauf ergänzen die Bewerbung.

Kurz: Die eingereichten Unterlagen müssen aussagekräftig und nachvollziehbar sein.

Wie sieht ein Rechercheplan aus?

Wer soll interviewt werden? Welche Reisen sind geplant? Was sind die jeweiligen Ziele? In welchem Zeitraum soll die Arbeit erledigt sein? Welche Archive und Quellen sollen genutzt werden? In der Regel wird von einem Zeitraum von drei Monaten ausgegangen. Über jedes Projekt gibt es jedoch eine individuelle Vereinbarung.

Wie werden Forschungskosten überhaupt errechnet? Wie hoch sind die Stipendien?

Auflistung für Telefon und Reisekosten, Begründung für gewünschte Extrabudgets (z.B. besondere Literaturbeschaffung etc.).

Es gibt drei verschiedene Typen von Recherche-Stipendien:

- das Junior-Stipendium – für eine überschaubare Recherche und ein etwas einfacheres Thema (rund 500 Euro)
- das NR-Stipendium – je nach Aufwand und Schwierigkeitsgrad (rund 2.000 bis 3.500 Euro)
- das Super-Stipendium – eine Exklusiv-Recherche über einen langen Zeitraum und besonderem Schwierigkeitsgrad und besonderer politischer Relevanz (rund 5000 Euro)

Werde ich betreut während der Recherche?

Jeder Stipendiat wird von erfahrenen Rechercheuren betreut. Die Kolleginnen und Kollegen wirken als Mentoren, sie stehen mit Rat und Tat zur Seite.

In welchen Abständen muß ich Bericht erstatten?

Wenn entscheidende Rechercheblöcke abgearbeitet sind. Mindestens aber einmal in der Woche sollten sich Stipendiaten und Mentoren austauschen. Die gesamte Recherche wird in einem Recherche-Protokoll dokumentiert.

Welche Kosten werden ersetzt?

Telefon, Reisen, Übernachtungen, Spesen, Infohonorare, Kauf von Recherchematerialien.

Kann man auch im Ausland recherchieren?

Ja. Mit den entsprechenden Begründungen und in Absprache mit den Mentoren.

Wann kann ich mich bewerben? Wann beginnt das Stipendium?

Bewerbungen sind jederzeit möglich. Die Anträge werden von erfahrenen Journalisten bearbeitet und gemeinsam mit den Antragstellern ausgearbeitet und verbessert. Das Stipendium beginnt nach der Unterschrift unter den Vertrag.

Was passiert mit meinen Recherchen?

Alle Rechercheergebnisse und Geschichten sollen veröffentlicht werden. Eine Festlegung auf ein bestimmtes Medium gibt es nicht. Die Mentoren und Nr sind bei den Bemühungen um eine Veröffentlichung behilflich.

Bekomme ich ein Honorar?

Ja, das jeweilige Honorar des publizierenden Mediums.

Gibt es eine Veröffentlichungsgarantie?

Grundsätzlich hängt eine Veröffentlichung vom Ergebnis (Qualität) der Geschichte ab. Es gibt aber keine Abnahmegarantie, dafür aber eine Qualitätsverpflichtung.

Wie wird die Zusammenarbeit festgelegt?

Es gibt einen Vertrag zwischen Nr und den Stipendiaten.

Darin stehen: die Pflichten des Stipendiaten, die Leistungen des Nr, Formulierung des Rechercheziels, Höhe des Fördergeldes (in welchem Zeitraum die Gelder ausgezahlt werden, Auszahlungsmodus).

Muß ich Geld zurückbezahlen, wenn meine Recherche keinen Erfolg hat?

Wenn es Schwierigkeiten bei der Recherche gibt, müssen diese umgehend gemeldet werden. Die gesamte Summe des Stipendiums wird erst nach erfolgreichem Abschluss der Recherchen ausbezahlt.

FAZIT: Das Recherche-Stipendium richtet sich vor allem an Interessenten, die wirklich ein intensives Interesse an Hintergrund-Recherchen haben. Durch die Betreuung der Mentoren kann mit grossem Einsatz und planvoller Recherche ein relevantes journalistisches Projekt realisiert werden.

Anträge:
info@netzwerkrecherche.de

Wir danken den Sponsoren für die Unterstützung bei der Finanzierung der Stipendien.



Lobbyismus von innen betrachtet!



Lobbyismus in Brüssel wird behandelt.

Lobbyismus ist ein großes Tabuthema im parlamentarischen System der Bundesrepublik Deutschland. Erstmals werden unbekannte Einflusszonen aufgedeckt, die wichtigsten Akteure und ihre Machttechniken beschrieben.

Die Macht der „Fünften Gewalt“ wird mit diesem Buch transparenter – ein Hintergrunddossier und gleichzeitig ein wichtiges Kapitel verschwiegener Sozialkunde.

2003. 385 S. Br. EUR 32,90
ISBN 3-531-14132-5

Lobbyismus in Deutschland

In diesem Buch wird der Lobbyismus umfassend analysiert und der ständig wachsende Einflussbereich von Wirtschaft auf politische Entscheidungen neu vermerkt.

Die politische und wissenschaftliche Analyse zur aktuellen Entwicklung der politischen Lobbyarbeit wird durch neue Studien und zahlreiche Fallbeispiele etwa der Pharma-lobby, Straßenbaulobby und Agrarlobby ergänzt.

Wichtige Lobbyisten äußern sich zu ihrer Arbeit in Berlin. Auch der mächtige, aber unkontrollierte

„(...) eröffnet der Band faszinierende Perspektiven auf eine von der Wissenschaft bislang verniederte Mikrophysik der Macht.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.03.2004

„Erstmals werden unbekannte Einflusszonen, die wichtigsten Akteure und ihre Machttechniken beschrieben.“

politik&kommunikation 12-01/2003-2004

„Es gibt Bücher, die kommen zur richtigen Zeit. Weil sie helfen, manche Absurdität in unserer komplexen Welt zu verstehen und dann eventuell sogar zum Besseren zu wenden.“

Saarbrücker Zeitung, 06.04.2004

Die Herausgeber:

Dr. Thomas Leif ist Politikwissenschaftler und Chefredakteur Fernsehen beim SWR, Landesender Mainz sowie Vorsitzender der Journalistenvereinigung „netzwerk recherche“.

Dr. Rudolf Speth ist Politikwissenschaftler in Berlin.

VS Verlag für Sozialwissenschaften
Abraham-Lincoln-Straße 46
65189 Wiesbaden
Telefon 0611.7878-722
Telefax 0611.7878-420

www.vs-verlag.de



■ Top Ten der vernachlässigten Themen 2003

2003 gab es wieder eine Fülle wichtiger Themen, die entweder die Schreibtische der Journalisten nicht erreicht oder von dort aus nicht den Weg in die Medien gefunden haben. Das Netzwerk Recherche hat daher Anfang Februar zusammen mit der Initiative Nachrichtenaufklärung die Top Ten der vernachlässigten Themen 2003 herausgegeben:

- 1. Korruption: Deutsche Unternehmen schmieren im Ausland**
Deutsche Unternehmen bestechen Auftraggeber im Ausland. Deutsche Medien interessiert das in der Regel wenig – zu wenig.
- 2. Europa entscheidet – Machtverschiebung nach Brüssel**
Mehr als die Hälfte der Gesetzgebung in deutschen Parlamenten wird inzwischen auf EU-Ebene vorbestimmt. Diese Entscheidungsstrukturen sind wenig transparent und bleiben es, da die Medien kaum über sie informieren.
- 3. Mangelnde Hochwassersicherheit von Chemieanlagen**
Deutsche Chemieanlagen sind Experten zufolge nur unzureichend gegen Hochwasser gesichert. Die Medien berichten über Hochwasser, nicht aber über mögliche Gefahren.
- 4. Greenwash: Unternehmen und ihr ökologischer Deckmantel**
Große Unternehmen betreiben „grüne PR“ über imagefördernde Organisationen und infiltrieren Aktivistengruppen. Tatsächlich sorgen sie mit Lobby-Arbeit dafür, dass klimaschützende politische Entscheidungen aufgeschoben oder verwässert werden.
- 5. Auslandsgeschäfte mit Giften und Pestiziden: die Doppelstandards der Industrie**
Beim Geschäft mit Pestiziden wird mit zweierlei Maß gemessen: Die Industrie verdient mit giftigen Stoffen, die in Deutschland verboten sind, im Ausland auf legalem Weg viel Geld – weitgehend unbeachtet von den Medien.
- 6. Abgestufte UN-Resolutionen**
Die Resolutionen der Vereinten Nationen ziehen unterschiedliche Konsequenzen nach sich. Die Medien differenzieren in der Berichterstattung jedoch meistens nicht.
- 7. Sozialhilfeempfänger: Unbekannte Chancen für Selbstständigkeit**
Sozialhilfeempfänger können von ihrer Kommune Darlehen zur Existenzgründung erhalten. Die Medien informieren kaum darüber, während über politische Fördermaßnahmen für Arbeitslose (Ich-AG) intensiv berichtet wird.
- 8. Das verschwundene Stasi-Vermögen**
Auch 14 Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR-Staatssicherheit ist der Verbleib des Stasi-Vermögens noch nicht geklärt. Die Medien haben die Spurensuche anscheinend aufgegeben.
- 9. Leistungen für Asylbewerber weit unter Sozialhilfeniveau**
Bei der Berichterstattung über Asylbewerber wird vernachlässigt, dass ihre Leistungen oft gekürzt werden und sie weit unter dem Sozialhilfeniveau leben müssen.
- 10. Fehlende Rechte von US-Besatzungskindern**
Besatzungskinder aus deutsch-amerikanischen Verbindungen können Rechte, die sich aus der Verwandtschaft mit ihren Vätern ergeben, nicht durchsetzen. Grund: Es existiert kein diesbezügliches deutsch-amerikanisches Abkommen.

Auch im Jahr 2004 sind das Netzwerk Recherche und die Initiative Nachrichtenaufklärung wieder auf der Suche nach relevanten Themen, über die in den Medien nicht oder noch nicht ausreichend berichtet wird. Bitte schicken Sie Ihre Vorschläge per Mail an info@netzwerkrecherche.de.

ANGEFRAGT 02. April 2004
BEARBEITET 03. April 2004
GENEHMIGT 04. April 2004

➔ ENTWURF FÜR EIN INFORMATIONSFREIHEITSGESETZ DES BUNDES

Jeder hat das Recht auf Akteneinsicht. Ein Gesetz für Informationsfreiheit ist der erste Schritt zu einer transparenten und bürgernahen Verwaltung.

■ Mehr Transparenz wagen: „netzwerk recherche“ für Abschaffung des „Amtsgeheimnisses“

„Da könnte ja jeder kommen“, ist ein beliebter Satz der Informations-Verhinderer in deutschen Amtsstuben. Für alle, die sich hinter dieser abwehrenden Formulierung verschanzten, muss das sogenannte Informationsfreiheitsgesetz, kurz IFG, eine echte Bedrohung ihres Herrschaftswissens sein: Das Gesetz würde es tatsächlich jedem erlauben, die bei öffentlichen Stellen vorhandenen Akten einzusehen. Eine eigene Betroffenheit muss dafür nicht nachgewiesen werden,



Eine gemeinsame Aktion von netzwerk recherche, DJV, dju in ver.di, TI und HU

und auch eine Antragsbegründung ist nicht erforderlich. Das in der deutschen Verwaltung noch immer vorherrschende Prinzip des „Amtsgeheimnisses“, nach dem Behördenunterlagen im Regelfall internen Charakter haben, wird somit genau umgekehrt und vom Grundsatz der Öffentlichkeit abgelöst. Nach dem IFG muss nicht mehr der Antragsteller ein berechtigtes Interesse nachweisen, sondern die Behörde ist in der Begründungspflicht, wenn sie Unterlagen nicht herausgeben will. Ausnahmen vom Transparenzgebot greifen in genau definierten Fällen, z.B. wenn der Schutz personenbezogener Daten vorgeht, wenn polizeiliche Ermittlungsarbeit gefährdet würde oder wenn Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse privater Firmen berührt sind.

Dieses Gesetz, für das sich das „netzwerk recherche“ seit mehreren Jahren stark macht, würde erhebliche Vorteile für die journalistische Recherche mit sich bringen: Das Recht, Originalakten der Behörden einzusehen, geht weit über den Auskunftsanspruch hinaus, den Journalisten nach den Landespressegesetzen haben. Der Informationsanspruch nach dem bestehenden Recht ist schon ausgeschöpft, wenn die Pressestelle mündliche Auskünfte gibt. Gerade die brenzlichen Details, die ein Amt gerne unter Verschluss halten möchte, lassen sich aber am besten anhand von Aktenkopien belegen, an die Journalisten bisher nur über Informanten herankommen. Ein weiterer Vorteil des IFG ist darin zu sehen, dass der Datenschutz nicht mehr länger als Vorwand benutzt werden kann, um lästige Fragesteller abzuwimmeln. Das IFG schreibt vor, dass betroffene Privatpersonen im Zweifelsfall befragt werden müssen, ob sie mit der Weitergabe ihrer Daten einverstanden sind - und vielleicht haben sie sogar ein starkes Interesse daran, dass Journalisten zu Ihrem Fall recherchieren. Ferner vereinfacht das Transparenzgebot die investigative Recherche: In brisanten Fällen, bei denen ein



Reporter einem Korruptionsfall auf der Spur ist, kann er den Akteneinsichtsantrag problemlos als Privatperson stellen, weil das IFG ein „Jedermannsrecht“ ist. Behördenmitarbeiter werden somit nicht von vornherein so stark alarmiert wie es bei Anfragen geschieht, die erkennbar aus journalistischem Interesse heraus gestellt werden.



Der Gesetzesentwurf wurde der Bundespressekonferenz vorgestellt.

Schließlich ist zu erwarten, dass der Abschied vom „Amtsgeheimnis“ langfristig zu einem Kulturwandel in der deutschen Verwaltung beiträgt, hin zu einem generellen Klima der Offenheit. Die Blockadehaltung, auf die Journalisten heute nicht selten treffen, wenn sie Informationen von öffentlichen Stellen haben möchten, kann nur überwunden werden, wenn die deutsche Verwaltung auch rechtlich mit obrigkeitstaatlichen Traditionen bricht und ein bürgerorientiertes Service-Verständnis übernimmt. Wenn das Prinzip der Transparenz sich erstmal durchgesetzt hat, wird das der journalistischen Recherche auch in den Fällen zugute kommen, in denen es gar nicht um formelle Rechtsansprüche geht, sondern um eine unbürokratische Weitergabe von Informationen.

Beispiel Maut-Verträge

Gerade die aktuellen Beispiele vom Maut-Desaster bis zum Streit um die Beraterverträge der einzelnen Ministerien zeigen, wie wichtig mehr Transparenz ist. Geheimhaltung schafft Gelegenheiten für Machtmissbrauch, und ein abweisender bürokratischer Apparat heizt die Politikverdrossenheit an. Wer von vornherein weiß, dass ein Vertrag der öffentlichen Prüfung unterliegt, wird sich schwerer tun mit Klauseln, die auf Kosten der Allgemeinheit gehen, wie beim Mautvertrag geschehen. Trotz dieser Erfahrungen kommt das in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt Reformprojekt IFG nicht voran: Zwar ist es auf Druck der Grünen Bestandteil der Koalitionsverträge von 1998 und von 2002. Aber eine desinteressierte Ministerialbürokratie und eine ablehnende Wirtschaftslobby haben die gesetzliche Verankerung von mehr Transparenz in der deutschen Verwaltung bisher verhindert.

Dabei haben die vier Bundesländer Brandenburg, Berlin, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, die die Informationsfreiheit bereits eingeführt haben, damit rundum positive Erfahrungen gesammelt. Auch international ist ein solches Gesetz längst Standard: Rund 50 Staaten haben das Prinzip der Informationsfreiheit gesetzlich verankert. Innerhalb der EU ist Deutschland zusammen mit Luxemburg mittlerweile das letzte Land, das seinen Bürgern ein solches Recht auf Bundesebene vorenthält und stattdessen das obrigkeitstaatliche Erbe der „Amtsverschwiegenheit“ verteidigt. Während den Bürgern einerseits aber verlangt wird, in immer mehr Bereichen zusätzliche Verantwortung zu übernehmen und eigene Initiative zu entwickeln, sich selbst um die Absicherung im Krankheitsfall oder im Alter zu kümmern, ist die Behördentransparenz auf der Stufe des 19. Jahrhunderts stehen geblieben: Der Bürger muss den Ämtern als Bittsteller gegenüber treten.

Gegner der Informationsfreiheit

Dass ein IFG auf Bundesebene noch immer auf sich warten lässt, ist schlüssig aus der Interessenkonstellation zu erklären, mit der ein solches Reformprojekt konfrontiert ist. Der erste Versuch, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, ging von der Ministerialbürokratie aus. Das federführende Innenministerium legte im Dezember 2000 einen sehr halbherzigen Entwurf vor. Die Vorlage enthielt keinerlei Fristen für die Antragsbearbeitung, zahlreiche schwammige Formulierungen, die von kooperationsunwilligen Behörden zur Informationsblockade benutzt werden konnten und weitreichende Ausnahmeklauseln, mit denen der Grundsatz der Öffentlichkeit wieder unterlaufen wurde. Dieser unzureichende Entwurf wurde in der anschließenden Ressortabstimmung weiter verwässert. Das Verteidigungsministerium wollte ganz ausgeklammert werden, einschließlich seines zivilen Bereichs, das Finanzministerium verlangte kostendeckende Gebühren und das Wirtschaftsministerium machte sich zum Sprachrohr des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und fürchtete um die Weitergabe von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen. Ein Teilnehmer der Verhandlungsrunden beschrieb den Prozess mit dem Hinweis, dass natürlich jeder für mehr Offenheit sei - nur eben bei den anderen und nicht im eigenen Zuständigkeitsbereich, für den immer ganz besondere Geheimhaltungsgründe reklamiert würden. Der Versuch, dass die Ministerialbürokratie sich aus eigenem Antrieb mehr Transparenz verordnet, war somit zum Scheitern verurteilt.

In der neuen Legislaturperiode wurde der mühselige Prozess der Ressortabstimmung wieder aufgenommen. Da sich an der Grundkonstellation nichts geändert hatte, war der Stillstand vorprogrammiert. Die Ministerialbürokratie kam dabei zugute, dass es an öffentlichem Druck für das



Bundespräsident Wolfgang Thierse signalisierte bei der Übergabe des Entwurfes Zustimmung zum Gesetz

Reformprojekt weitgehend fehlt: In einem politischen Umfeld, in dem die öffentliche Debatte vom Streit um Sozialleistungen geprägt wird, genießt die Stärkung der Bürgerrechte keine Priorität. Die Blockadehaltung des BDI wurde in Zeiten konjunktureller Flaute im Wirtschaftsministerium besonders aufmerksam registriert. Eine „Nachfrage“ nach dem IFG wird ferner schon dadurch behindert, dass das Rechtsprinzip für die Öffentlichkeit völlig neu ist und auch die bestehenden Landesgesetze wenig bekannt sind. So scheiterte in Nordrhein-Westfalen eine geplante Werbekampagne für das Landes-IFG an einer Haushaltssperre. Wie aber soll ein Bürger Rechte nutzen, die ihm gar nicht bekannt sind? Schon der Begriff „Informationsfreiheit“ stößt in Deutschland weitgehend auf Unverständnis und erschwert jegliche Kampagne für ein solches Gesetz.

Initiative aus der Zivilgesellschaft

In dieser Situation hat das „netzwerk recherche“ die Initiative ergriffen und im Bündnis mit weiteren Journalisten- und Bürgerrechtsorganisationen einen eigenen Gesetzentwurf samt Begründung ausgearbeitet. Anfang April 2004 wurde der Gesetzesvorschlag von netzwerk recherche,

Die dju bietet mehr



Die Mitglieder der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di erhalten

- kostenlosen Rechtsschutz in allen berufsbedingten Rechtsstreitigkeiten;
- kostenlose Rechtsberatung bei Vertragsabschlüssen und in allen urheberrechtlichen, Steuer- und Versicherungsproblemen;
- kostenlose Beratung bei beruflichen Problemen;
- nationale und internationale Presseausweise;
- Rabatte beim Abschluss von Kranken-Zusatzversicherungen;
- finanzielle Unterstützung bei Streiks und bei Freizeitanfällen;
- kostenlos die medienpolitische Zeitschrift „M Menschen Machen Medien“;
- die Möglichkeit zur beruflichen Weiterbildung in kostengünstigen Seminaren und Schulungen;
- durch Mitarbeit in der Fachgruppe und Teilnahme an den jährlichen Journalistentagen Kontakte zu vielen Kollegen und Kolleginnen, die auch für die berufliche Weiterbildung wichtig sind.

dju

Deutsche
Journalistinnen- und
Journalisten-Union

dju in ver.di



Potsdamer Platz 10
10785 Berlin
E-Mail: dju@verdi.de
web: www.dju.verdi.de

Deutschem Journalisten-Verband (DJV), Deutscher Journalisten-Union (dju in ver.di), Transparency International und Humanistischer Union an Bundestagspräsident Wolfgang Thierse übergeben und im Rahmen der Bundespressekonferenz in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt. Gleichzeitig wurde der Gesetzentwurf an alle Bundestagsabgeordneten geschickt, an alle Landtagsfraktionen sowie an die Landespressekonferenzen. Die Initiatoren betrachten diesen Vorstoß aus der



Zivilgesellschaft heraus als einen Akt demokratischer Notwehr: Nachdem Politik und Verwaltung es nicht geschafft haben, das Thema voranzubringen, soll es nunmehr aus der Mitte der Gesellschaft heraus auf die politische Agenda gesetzt werden. In Vorbereitung ist ferner eine Internet-Kampagne für das IFG, die die Gesetzesinitiatoren zusammen mit weiteren Organisationen wie „Mehr Demokratie e.V.“ und der Bertelsmann Stiftung planen. Die Politik hat bereits auf die veränderte Konstellation reagiert: Die medienpolitischen Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD begrüßten die Initiative und kündigten an, noch vor der Sommerpause 2004 einen Gesetzentwurf in den Bundestag einbringen zu wollen.

Das „netzwerk recherche“ begleitet den Beratungsprozess zum IFG auch auf Länderebene aktiv: Vertreter des Netzwerks haben an Landtagsanhörungen über das IFG in Kiel, Magdeburg und Hannover teilgenommen. Das Thema wurde auf journalistischen Fachkongressen vorgestellt, da es bisher auch innerhalb der eigenen Branche zu wenig wahrgenommen wird. Zusammen mit der Bertelsmann Stiftung ist eine Plakat-Aktion in Vorbereitung, die dazu dienen soll, den sperrigen Begriff „Informationsfreiheit“ bekannter zu machen.

Auf Bundesebene kommt es jetzt vor allem auf die SPD an, die bisher große Rücksicht auf die Vorbehalte des BDI genommen hat. Wer den „aktivierenden Staat“ will, wie es die Sozialdemokraten gerne verkünden, sollte den Bürgern dann auch die Informationen zugänglich machen, die für ein erfolgreiches politisches Engagement die Grundvoraussetzung sind. Den Bedenkenträgern in den Ministerien sei die Bilanz nach einem Jahr Informationsfreiheit in Nordrhein-Westfalen zur Lektüre empfohlen. Innenminister Behrens stellt dort unumwunden fest: „Das neue Gesetz entwickelt sich eindeutig positiv. Die NRW-Verwaltung ist offener geworden und anfängliche Vorbehalte gegen dieses Gesetz haben sich als unberechtigt erwiesen.“

Weitere Informationen und der vollständige Gesetzesvorschlag sind zu finden unter: www.netzwerkrecherche.de

Manfred Redelfs

Jahrestreffen netzwerk recherche 04./05.6.2004
im NDR-Konferenzzentrum Hamburg
Anmeldung: netzwerkrecherche@ndr.de oder Fax 040 / 41 56- 14 51 90

Luxusgut Recherche – Wie teuer darf Wahrheit sein?

■ PROGRAMMABLAUF am Freitag, 04.06.2004:

- 18:30 Mitgliederversammlung netzwerk recherche**
 Bilanzen und Perspektiven – Recherche fordern und fördern
- 20:00 Streitgespräch: Terrorangst und Toleranzbefehl**
Deutsche Journalisten und der Islamismus
 angefragt: *Aktham Suliman* (Al Jazeera Deutschland)
Elmar Theveßen (ZDF Terrorspezial)
Christoph Maria Fröhder (nr)
Katajun Armpur (Islam-Wissenschaftlerin)
Hans Leyendecker (SZ)
Patricia Schlesinger (ARD-Studio Washington)
 Moderation: *Andreas Cichowicz* (NDR)
- 21:30 Politisches Kabarett mit einem Überraschungsgast**
 anschließend **get together**

■ PROGRAMMABLAUF am Samstag, 05.06.2004

- Ab 8:30 Anmeldung am Informations-Counter**
- 9:15 Begrüßung** Dr. Thomas Leif (Vorsitzender netzwerk recherche)
9:30 Grußwort Prof. Jobst Plog (NDR Intendant, ARD-Vorsitzender)
- 9:45 Kampagnen statt Recherchen – Die Medien als Stimmungsmacher**
Streitgespräch zur Medienlandschaft 2004
 mit *Wolfgang Menge* (TV-Legende)
Mario Adorf (Schauspieler)
Prof. Dr. Matthias Prinz (Prominentenanwalt)
Christoph Keese (Chefredakteur Welt am Sonntag)
Michael Spreng (Medienberater)
 Moderation: *Sabine Brandt* (WDR)
- 11:15 Bundespräsident Johannes Rau:**
Medien zwischen Anspruch und Realität
 anschl. Diskussion
 Moderation: *Anja Reschke* (NDR)
- 12:30 Mittagspause: Catering und get together – drinnen und draußen**
- 13:30 Zwischenruf**
 des Kabarettisten *Matthias Deutschmann*
- 13:45 Verleihung der „Verschlossenen Auster“ an einen Infoblocker**
 (Empfänger wird am 5.6.2004 bekannt gegeben)
 Laudatio: n.n.
- 14:00 Mobbing nach der Enthüllung –**
 Die persönliche Bilanz des whistleblowers *Erwin Bixler*

14:15 - 15:30 Luxusgut Recherche – Parallelveranstaltung in 2 Foren und 3 Workshops

- 1.) FORUM Wissen ist Macht – Kampf um Informationskompetenz**
 mit *Hans Mahr* (RTL-Informationsdirektor)
Hartmann von der Tann (Chefredakteur ARD)
Nikolaus Brender (Chefredakteur ZDF)
Peter Limbourg (Chefredakteur N24)
Prof. Dr. Georg Ruhmann (Universität Jena)
 Moderation: *Ulrike Simon* (Der Tagesspiegel)

- 2.) FORUM Seröse Infos? – Online-Journalismus als Recherchequelle**
 mit *Mattias Müller von Blumencron* (Chefredakteur spiegel-online)
Michael Maier (Chefredakteur netzeitung.de)
Christoph Dermbach (Chefredakteur dpa-info.com)
Jörg Sadrozinski (tagesschau.de)
 Moderation: *Peter Grabowski* (WDR)
- 3.) workshop Wer redet fliegt: Whistleblower – Quellen ohne Schutz**
 mit *Erwin Bixler, Dr. Norbert Copray* (Fairness Stiftung)
Valentin Thurn (Freier Autor)
 Moderation: *Juliane Fliegenschmidt* (freie Journalistin)
- 4.) workshop Planet B – eine Recherche über Bertelsmann und die Familie Mohr**
 mit *Thomas Schuler* (Bestsellerautor „Die Mohns. Die Familie hinter Bertelsmann“)
 Moderation: *Stefan Robiné* (ZFP)
- 5.) workshop Recherche mit Nutzwert – Der Boom der Verbrauchermagazine**
 mit Vertretern von Finanztest, Stiftung Warentest und Ratgeber Sendungen.
 Moderation: *Dominique Ziesemer* (NDR)

15:30 - 16:00 Pause

16:00 - 17:15 Recherche in Gefahr – Parallelveranstaltung in 2 Foren und 3 Workshops

- 1.) FORUM Recherchiert oder gesteuert?**
 Der Einfluss der PR-Industrie auf Journalisten
 mit *Prof. Dr. Klaus Kocks* (cato)
Klaus-Peter Schmidt-Deguelle (Politikberater)
Dr. Volker Lilienthal (epd Medien)
Dr. Werner Funk (ehem. Chefredakteur Stern/Spiegel u.a.)
 Moderation: *Hans Leyendecker* (SZ)
- 2.) FORUM Recherchwüste und Jammertal? –**
Das journalistische Desinteresse an den neuen Bundesländern
 mit *Jochen Wolff* (Chefredakteur Super Illu)
Sergej Lochthofen (Chefredakteur Thüringer Allgemeine)
politischer Vertreter (angefragt)
 Moderation: *Hans-Jürgen Bömer* (NDR)
- 3.) workshop Radio Gaga – Wieviel Tiefgang ist noch möglich?**
 mit *Birgit Wentzien* (Leiterin SWR Hauptstadtstudio)
Elke Schneiderbanger (Geschäftsführerin Radio NRW)
Werner Knobbe (Radio Bremen Eins)
 Moderation: *Anna Engelke* (NDR)
- 4.) workshop Örtliche Betäubung – Alternativen zur Hofberichterstattung im Lokaljournalismus**
 mit *Michael Jungmann* (Chefreporter Saarbrücker Zeitung)
Frank Überall (Freier Journalist TV, HF, Print)
Hubertus Gärtner (Freier Journalist, ehemals SZ NRW)
 Moderation: *Jochen Markett* (freier Journalist)
- 5.) workshop Akten unter Verschluss – Das Ringen um das Informationsfreiheitsgesetz**
 mit *Dr. Wilhelm Mecklenburg* (Rechtsanwalt)
Dr. Manfred Redelfs (netzwerk recherche)
Jörg Tauss (Medienpolitischer Sprecher SPD-Bundestagsfraktion)
 Moderation: *Dominik Czesche* (Der Spiegel)

17:15 - 17:30 Pause

- 17:30 Ethik war gestern – Journalisten als selbsternannte Saubermänner**
 mit *Hans-Ulrich Jörges* (Stern)
Udo Röbel (Ex BILD Chefredakteur)
Georg Mascolo (Der Spiegel)
Dr. Thomas Leif (nr)
Dr. Luc Jochimsen (Publizistin)
 Moderation: *Cathrin Kalweit* (SZ)
- 17:30 Raumschiff EU – Medienblockaden der Brüsseler Bürokratie**
- 18:45 „Nie aufhören, anzufangen“ Perspektiven nach dem Jahrestreffen**
Dr. Thomas Leif (nr)
- 19:00 get together – drinnen und draußen**
Tagesmoderation Kuno Haberbuch (NDR)



Wir danken dem NDR und der ZFP für die Unterstützung bei der Durchführung des 11-Jahrestreffens 2004

■ Das große Schweigen – Korruption und die Rolle der lokalen Medienberichterstattung

Nur in seltenen Fällen werden Korruptionsfälle von Journalisten aufgedeckt. Noch schwieriger ist die Korruptionsrecherche für Lokaljournalisten. Hier hilft auch die Nähe zum Tatort nicht weiter.

Vielfach ist diese sogar das eigentliche Problem. Denn die Lokaljournalisten sind eingebunden in das lokale Beziehungsgeflecht der Eliten. Jeder kennt jeden und oft gibt es intime Verbindungen zwischen der örtlichen Zeitung, der Politik und den Unternehmen, die unter Korruptionsverdacht geraten. Viele Lokaljournalisten trauen sich hier nicht mehr zu recherchieren und nachzuhaken, weil sie fürchten, dass dies ihren Job kosten oder ihre Informationszugänge blockieren kann.



Die Ergebnisse und Texte zur nr-Fachtagung können unter www.netzwerkrecherche.de heruntergeladen werden.

Dies bildete den Ausgangspunkt einer Fachtagung von netzwerk recherche, Transparency International und der Evangelischen Akademie zu Berlin. Eingeladen waren neben Lokalpolitikern vor allem Lokaljournalisten, für die sich die Möglichkeit des Austausches und des Lernens bot. Mut und Unterstützung ist notwendig, denn vielfach haben die Journalisten das Gefühl, alleine dazustehen und sind sich nicht immer der Unterstützung der Verlagsleitung sicher. Die Korruptionsrecherche ist aufwändig und auf eine solide Ressourcenausstattung angewiesen. Sie steht gegen den Trend hin zum Servicejournalismus und zur Unterhaltung. Hinzu kommt, dass täglich die Lokalseiten mit einer kleinen Besetzung gefüllt werden müssen. Da bleibt wenig Zeit, um Zusammenhänge aufzudecken und einem Verdacht nachzuspüren. Und eine solche Recherche liefert nicht jeden Tag ein Ergebnis, das im Blatt publiziert werden kann.

Die Fachtagung verdeutlichte auch, dass Korruptionsrecherche die Sache von Einzelnen ist. Es gibt keine übergreifende Recherche, an der sich mehrere Ressorts beteiligen. Es fehlt in den Redaktionen eine Informationssammlung im Team. Jeder beschäftigt sich mit dem, was in seinem Bereich geschieht und wenn er ganz mutig ist, gräbt er tiefer, fragt nach und klemmt sich dahinter. Vieles ist daher vom Zufall abhängig, weil Strukturen und Erfahrungen fehlen. Es gibt kaum Journalisten, die Spezialisten für Korruptionsrecherche sind, schon gar nicht im Lokaljournalismus.

Das größte Problem neben der Vereinzelung ist die Beschleunigung der Themenkonjunkturen. Nach mehreren Berichten zu einem Korruptionsfall winkt die Redaktion ab oder die Geschichte fängt an die Leser zu langweilen. Doch es können nicht jeden zweiten Tag neue Rechercheergebnisse präsentiert werden. Um mit gesicherten Informationen aufwarten zu kön-

nen, ist Zeit notwendig, Zeit um einen Gegencheck vorzunehmen und die Quellen zu prüfen. Themen und Bilder nutzen sich ab. Vielfach fehlt auch hier ein Wissen, wie durch eine Programm- und Themenplanung der Abnutzung vorgebeugt werden kann.

Journalisten, die in dem gewaltigen Dunkelfeld der Korruption recherchieren brauchen Bündnispartner und müssen gleichzeitig ihre unabhängige journalistische Rolle bewahren. Dies betrifft vor allem das Verhältnis zu den ermittelnden Staatsanwaltschaften. Die Journalisten dürfen nicht zu Hilfsorganen der Staatsanwaltschaften werden. Die Medien können die Strafverfolgung nicht ersetzen. Gleichzeitig gibt es aber Gemeinsamkeiten und das Bedürfnis nach einem Erfahrungsaustausch, an den sich Lernprozesse anschließen. Auch mit Transparency International, einer zivilgesellschaftlichen Organisation, deren Hauptziel im Kampf gegen die Korruption besteht. Auch hier muss deutlich werden, dass trotz eines gemeinsamen Ziels, jeder Partner seine Rolle zu spielen hat. Aufgabe der Journalisten ist es nicht, für die Ermittlungsbehörden Anhaltspunkte für einen Anfangsverdacht zu liefern. Vielmehr geht es darum, ein öffentliches Bewusstsein über die Korruption als gemeinschädliche Kriminalität zu schaffen. Zusammen mit Transparency International, das auch mit Unternehmen in der Korruptionsbekämpfung zusammenarbeitet, kann ein Strukturwissen bereit gestellt werden.



Der nr-Journalistenpreis „Leuchtturm für besonder publizistische Leistungen“ wird einmal im Jahr vergeben. Preisträger 2003 war Jürgen Dahlkamp (DER SPIEGEL)

Jede Recherche im Feld der Korruption aber beginnt damit, dass man Informationen gewinnt. Solide journalistische Alltagsarbeit ist hier notwendig: Fragen stellen, mit Leuten sprechen und genau hinsehen. Und dazu gehört auch Mut, die Schweigekartelle zu durchbrechen. Die Rechercheorte sind in der Regel die Schnittstellen zwischen öffentlicher Hand und Wirtschaft. Absprachekartelle, die jahrelang gut funktionieren, sind vor allem im Zusammenspiel von öffentlicher Hand und Bauwirtschaft anzutreffen, aber auch im Medizinbereich, bei den Privatisierungen öffentlicher Betriebe und im Bereich der Beschaffung. Und dann muss Genauigkeit, Kreativität und Geduld hinzukommen. Unerlässlich ist aber auch ein Strukturwissen. Denn fündig wird ein Journalist nur, wenn er auch Bilanzen lesen kann, wenn er die typischen Abläufe und die Mechanik des Gebens und Nehmens kennt.

Möglich wird dies aber nur, wenn Journalisten die Verantwortung, die mit ihrem Beruf verbunden ist, auch erst nehmen. Dazu gehört auch, dass sie einem Korruptionsverdacht nachgehen und über die gesellschaftliche Bedeutung von Korruption aufklären. Sie müssen das Selbstverständnis ihres Berufes kritisch reflektieren und sich fortbilden. Journalisten müssen auch kritisch mit ihrem eigenen Berufsstand umgehen und fragen, warum bestimmte Dinge nicht thematisiert werden. Jeder Journalist sollte auch Transparenz über seine gesellschaftliche Einbindung, seine Mitgliedschaften, schaffen. Auf Geschenke, Vergünstigungen und Mitgliedschaften in Vereinen und Parteien, die im Bereich der eigenen Berichterstattung tätig sind, ist zu verzichten.

Um das Schweigen über Korruption zu durchbrechen helfen immer noch die Grundtugenden des Journalismus: Fragen stellen, Informanten pflegen und sich die persönliche Unabhängigkeit zu bewahren.

■ Leitlinien für einen seriösen Journalismus – Ein Ethik-Kodex für alle Medien

Konzeptpapier des Netzwerk recherche

Die medienethische Debatte ist wieder in Bewegung geraten; doch dieses Mal geht es nicht um eine weitere folgenlose, akademische Diskussion. Vielmehr denken sehr unterschiedliche Akteure ganz grundsätzlich darüber nach, wie die Qualität des Journalismus zu verbessern ist und welchen Maßstäben ein ethisch gut fundierter Journalismus zu folgen hat:

In Brüssel wird ein Code of Conduct für Medienakteure entwickelt, weil die Symbiose zwischen Journalismus und EU-Bürokratie demokratiegefährdende Züge angenommen hat. Fast jeder relevante Medienkongress diskutiert den zunehmenden Einfluss von PR und Lobbyorganisationen auf die Berichterstattung. Ein in München neugegründeter Verein zur publizistischen Selbstkontrolle fordert mehr Transparenz in der Arbeit des Presserates. Die jüngst neu gewählte Sprecherin des Presserates begrüßt Überlegungen, die Geltung des Pressekodex auf alle Medien auszuweiten, während der DJV und DJU im Stil von „Besitzstandswahrern“ mit scharfen Worten jede Debatte über Veränderungen der Arbeit des Presserates ablehnen. Anscheinend soll der Status Quo zementiert werden, auch um den Preis mangelnder Effizienz der etablierten Gremien. Dabei geht es den genannten Kritikern im Kern darum, gerade die journalistische Selbstkontrolle und ihre etablierten Organe zu stärken, um Journalismus qualitativ wie ethisch besser abzusichern. Angesichts der Entwicklungen im Mediensystem besteht schließlich derzeit die Gefahr, dass zwar medienstrukturelle Deregulierungen vorgenommen werden (z.B. bei der Pressefusionskontrolle), dass aber gleichzeitig spektakuläre journalistische Verfehlungen oder die allgemein kritisierte ‚Boulevardisierung‘ der kommunikativen Qualität journalistischer Berichterstattung in der ökonomischen Krise zum Anlass genommen werden, über staatliche Eingriffe in die journalistische Freiheit nachzudenken.

Es gibt keinen besseren Schutz gegen solche Versuche, als einen ethisch gut begründeten und qualitativ hochwertigen Journalismus. Ein wichtiges Instrument, um dies zu gewährleisten, ist die journalistische und publizistische Selbstkontrolle, deren zentrales Organ bislang der Deutsche Presserat ist, der auf der Grundlage des Pressekodex Journalisten- und Verlegerverbände zur Selbstregulierung ihres Medienhandelns zusammenbringt. Auch wenn der Pressekodex nur für die Printmedien Gültigkeit besitzt, wird er schon heute vielfach als ethisches Gerüst für den ganzen Journalismus wahrgenommen.

Aber auch ein erfolgreiches Instrument kann noch besser werden und muss gelegentlich den veränderten Anforderungen des Medienbetriebs angepasst werden. Die Prinzipien des Deutschen Pressekodex lassen sich tatsächlich stärken – durch eine Ausweitung seines Geltungsbereiches, durch eine Stärkung seines Leitbildcharakters und durch seine Bemühungen um mehr Transparenz. Wichtiger noch als die oft geforderte Veränderung einzelner Vorschriften ist es, die bestehenden Strukturen zu einer Basis für einen permanenten Diskurs über Ziele und Werte journalistischer Ethik auszubauen.

Der Kodex muss in allen Medien gelten, in denen journalistisch gearbeitet wird.

Wir empfehlen die Entwicklung eines allgemeinen Journalismuskodex, der überall dort gültig ist, wo Journalismus stattfindet – ganz gleich ob in der Presse, im privaten Rundfunk, im öffentlich-rechtlichen Rundfunk oder in Online-Medien.

Ein solcher Kodex müsste gestuft ausformuliert werden – ähnlich wie in der jetzigen Struktur des Pressekodex mit einer Unterteilung in übergeordnete Ziffern und präzisierende Richtlinien. In

einem allgemeinen Journalismuskodex wären allgemeine Grundsätze journalistischer Ethik zu formulieren; in darunter gruppierten Richtlinien sollten gattungsspezifische Konkretisierungen vorgenommen werden.

Ein Journalismuskodex sollte nicht in erster Linie als Verbotskatalog betrachtet werden, sondern vielmehr eine Leitbildfunktion übernehmen. In ihm sollten Leitlinien dokumentiert werden, an denen sich journalistische Ausbildung und journalistische Praxis orientieren können. Ein solches Leitbild könnte auch als „ethische Entlastungsinstanz“ für Journalisten unter gestiegenem und oft rein medial-ökonomisch begründetem Leistungsdruck fungieren.



Ein Ethik-Kodex ist ein selbstregulatorisches Instrument der Medienschaffenden.

Ein Ethik-Kodex des Journalismus ermöglicht die Selbst-Kontrolle der Akteure des Mediensystems. Wenn ein solches Modell funktioniert, dann gewährleistet es auch in Zukunft, dass staatliche Regulierungsversuche abgewehrt werden können und die Sphäre gesellschaftlicher Kommunikation autonom bleibt.

Um die selbstregulatorische Kraft eines solchen Kodex zur Geltung zu bringen, schlagen wir die Etablierung eines Journalismusrates vor. In diesem sollten sowohl Vertreter der Journalisten als auch Verleger, Intendanten öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten sowie die Landesmedienanstalten als „Herausgeber“ privater Rundfunkangebote vertreten sein.

Auf Seiten der Journalisten sollten neben den gewerkschaftlich-verbandlichen Vertretern von DJV und dju (ver.di) auch journalistische Initiativen und einzelne Journalisten Mitglieder des Rates sein. Dadurch werden korporatistische ‚Verkrustungen‘ zwischen wenigen – im Tarifsystem gebundenen – Großverbänden zugunsten pluralistischer Strukturen, die viele Akteure einbeziehen, verhindert. Experten aus der Kommunikationswissenschaft, Medieninitiativen, Publikumsvertreter, Rezipientinnen und Rezipienten können im Rahmen der Beschwerdeverfahren in öffentlichen Anhörungen beteiligt werden.

Die Arbeit des Rats gehört in die Öffentlichkeit.

In einer offenen Demokratie, die sich mit der gesetzlichen Regulierung der Medien bewusst zurückhält, herrscht weitgehend Konsens darüber, dass das Ziel eines besseren Journalismus nicht über eine Verschärfung rechtlicher Sanktionsmöglichkeiten, sondern über eine intensivere

öffentliche Diskussion zu Fragen der journalistischen Berufsethik verfolgt werden sollte. Dies setzt eine verstärkte Wirksamkeit der journalistischen Selbstkontrolle und damit auch eine grundlegend verbesserte Transparenz der Arbeit publizistischer Selbstkontrollenrichtungen voraus. Grundsätzlich sollten daher die Entscheidungsprozesse der Selbstkontrollgremien – insbesondere die Sitzungen von Beschwerdeausschüssen – öffentlich sein. In Umkehr der bisherigen Praxis wäre die Nicht-Öffentlichkeit, für die es zum Beispiel im Falle der Verletzung von Persönlichkeitsrechten gute Gründe geben kann, im Einzelfall zu begründen. Zu verbessern ist neben der Transparenz der Verfahren auch die Information über die Entscheidungen. Hier hat sich in den vergangenen Jahren durch die Publikation der Jahrbücher in einem angesehenen Verlag bereits viel getan. Eine zusätzliche Verbreitung dieser Schriften durch die Bundeszentrale für politische Bildung wäre wünschenswert, weil dadurch die Bekanntheit des Gremiums steigen und mehr Vorschläge und kritische Anregungen eingereicht werden würden.

Der Journalismuskodex bildet die Grundlage für einen dauerhaften Diskurs über journalistische Ethik.

Aus der Öffentlichkeit der Verfahren erwächst eine erhöhte Pflicht zur Selbstbegründung und damit auch eine erhöhte Verstehbarkeit. Derzeit sind die Entscheidungen des Selbstkontrollgremiums für Praktiker in den Redaktionen oft schwer nachvollziehbar. Es werden nur Ergebnisse formalistisch präsentiert, während Prozesse der Meinungs- und Willensbildung über ein ethisches Problemfeld im nicht allgemein zugänglichen Raum des Beschwerdeausschusses verbleiben. Die



öffentliche Diskussion und Abwägung guter Gründe für und gegen eine Entscheidung dagegen ist nicht nur zentraler Bestandteil der modernen demokratischen Kultur und des eng mit ihr verbundenen Journalismus, sondern eben auch eine Voraussetzung für die Vernunft des Urteils. Nur sinnvoll und sorgfältig begründete Entscheidungen, die den Gesamtsammenhang des jeweiligen Konflikts ausleuchten, schaffen auf Dauer ein Begründungs-Fundament, das die notwendige Legitimationsbasis und Orientierungswirkung stärkt. Dies gilt nicht zuletzt auch deshalb, weil es durch die Zulassung von Öffentlichkeit möglich wird, Diskurse über Ethik zu institutionalisieren und damit aus den sensationalistischen Aufregungen der öffentlichen Debatten über spektakuläre journalistische Verfehlungen (Gladbeck, Sebnitz etc.) herauszuheben und auf eine solidere Grundlage zu stellen. Ein Journalismus-Kodex

bietet die Möglichkeit, einen Diskursrahmen zu definieren, aus dem heraus sich weitere, ethischer Debatte und Kontrolle verpflichtete Institutionen bilden bzw. etablieren können.

Gestärkt werden müssen in diesem Zusammenhang vor allem die Normen einer prozeduralen Ethik, die auf Prozesse zur Entwicklung und Sicherung von Normen abhebt. Wichtiger noch als die Überarbeitung der materiellen ethischen Vorschriften ist die Entwicklung der Strukturen und Rahmenbedingungen eines Diskurses über diese Vorschriften.

Ist ein solcher Rahmen erst einmal etabliert, kann der Journalismuskodex zu einem gelebten und laufend weiter entwickelten ethischen Gerüst journalistischen Handelns werden, das sich in ständiger Abgleich mit praktischen Anforderungen befindet.

Das normative Gerüst des Journalismus, seine Leitbilder und Perspektiven sind folglich vorwiegend aus der journalistischen Praxis, aber auch aus dem umfassenderen und viele weitere Akteure einbeziehenden gesellschaftlichen Diskurs über die Medien heraus zu entwickeln – und auch zu reformieren.

Dieser Diskurs muss vorwiegend dem Ziel dienen, die weitgehend anerkannten Idealnormen in operationalisierbare Praxishandlungsregeln zu übersetzen, die eben nicht nur in wissenschaftlichen Ethikseminaren von Bedeutung sind, sondern in der alltäglichen Arbeit in konkreten Entscheidungssituationen herangezogen werden können.

Die erfolgreiche Arbeit eines Journalismus- oder Medienrats muss durch begleitende Maßnahmen gestärkt werden .

Um einen übergeordneten Journalismuskodex in der journalistischen Praxis zu verankern, müssen seine Normen in die alltägliche Arbeit hineingetragen werden. Dazu sind viele verschiedene Wege denkbar:

- verbindliche curriculare Konzepte der Journalistenausbildung an den Hochschulen und im Volontariat,
- die Intensivierung einer Selbstverständnisdebatte der Berufsverbände und der Verleger bzw. der Leitungsebene in den Medienkonzernen,
- eigene Qualitäts-Kodizes für Einzelmedien (wie sie zum Beispiel von Ernst Elitz in der „Zeit“ vom 12.2.2004 gefordert wurden),
- eine erhöhte Transparenz und verbesserte Diskurskultur in den Medienbetrieben im Umgang mit redaktionellen und ethischen Entscheidungen,
- die Bereitschaft von Medien und Journalismus, einen öffentlichen und einen internen selbstkritischen Diskurs über die eigene Ethik und Qualität zu führen,
- die Bereitschaft von Journalistengruppen, sich an Ethik-Diskursen über Initiativen und „best-practice“-Beispiele zu beteiligen,
- die Verbesserung der Kritik- und Korrekturkultur in den Medien, auch durch die Ausweitung medienkritischer Sendungen in Hörfunk und Fernsehen und die Intensivierung von Medien-Berichterstattung in den Print-Medien.

Ein Journalismus- oder Medienkodex ist Grundlage dieser Aktivitäten. Um das zu gewährleisten sollte der Rat den Austausch mit den Gruppen suchen, die an der Erstellung journalistischer Produkte beteiligt sind, um einen dauerhaften und breit getragenen Diskurs über die ethischen Grundlagen des Journalismus zu initiieren.

Über Ombudsleute und Mentoren in den Redaktionen könnten zum Beispiel der ethische Diskurs und die ethische Prüfung auf Basis des Journalismuskodex in die Redaktionen hineingetragen werden. Nicht jede Beschwerde müsste sofort vor dem Rat verhandelt werden, sondern auch direkt mit der Redaktion, die für eine Verfehlung verantwortlich gemacht wird.

Rügen sind ein Beitrag zum ethischen Diskurs.

Die Durchsetzbarkeit eines solchen Journalismuskodex bleibt prekär. Über seine Verbindlichkeit sollte daher auch Einigkeit in Arbeitsverträgen, in Redaktionsstatuten oder auch in Rahmenverpflichtungen in den Mantelverträgen hergestellt werden. Ein in Gebotsform als Leitbild formulierter Journalismuskodex böte die Chance, zu derartigen Vereinbarungen zu kommen. Damit

Wertvolle Tipps und Tricks zur professionellen Recherche



Eine Fundgrube für alle, die Recherche besser vermitteln wollen und all diejenigen, die sich beruflich der Informationsbeschaffung widmen.

Das Trainingsbuch wird von der Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche in Kooperation mit der Evangelischen Medienakademie, der Zentralen Fortbildung von ARD und ZDF (zfp) und der Deutschen Journalisten Union (dju) herausgegeben.

„Das Trainingsbuch ist mit seinen Lehrspielen und Übungen insbesondere für Ausbilder und Seminarleiter attraktiv.“

Journalist, 01/2004

„...ein nützliches Kompendium, das Journalisten ebenso hilft wie denjenigen, die Journalisten ausbilden.“

WDR (Die Story), 23.05.2003
2003. 222 S. Br. EUR 17,90
ISBN 3-531-14058-2



chewege, ihre Methoden, ihr Erfahrungswissen, das Erfolge und Scheitern einschließt.

Ein Ausnahme-Buch im Journalismus, das den zentralen Wert der Recherche als Qualitäts-Scharnier im Journalismus fördern will.

„Lesenswerte Recherche-Perlen“
Berliner Zeitung, 23.8.2003

„Lesenswert, lehrreich und unterhaltsam. Ein ‚Thriller‘ der Medien-Didaktik!“

WDR-Medienmagazin, 7.9.2003

„Eine wichtige Mahnung, dieses Handwerk besser zu pflegen.“

die tageszeitung, 29.8.2003

„Journalisten beklagen Krise der Recherche.“

dpa, 22.8.2003

„Enthüllungs-Geschichten sind kein leichtes Geschäft.“

ddp, 22.8.2003

2003. 274 S. Br. EUR 23,90
ISBN 3-531-14126-0

VS Verlag für Sozialwissenschaften
Abraham-Lincoln-Straße 46
65189 Wiesbaden
Telefon 0611. 7878-722
Telefax 0611. 7878-420

www.vs-verlag.de

würde ein Vakuum in der journalistischen Praxis gefüllt.

Dagegen führt die alte Debatte über materielle Sanktionen wie Geldstrafen im Falle einer Verfehlung in eine falsche Richtung. Wir plädieren dafür, das öffentliche Markieren von Überschreitungen des ethisch Zulässigen als Beitrag zum journalistischen Ethik-Diskurs zu begreifen. Dadurch kann die Stärkung der rasonierenden und kommunikativen Kritik gewährleistet werden. Kommunikative Verfehlungen des Journalismus können so in einem prüfenden Diskurs behandelt und möglicherweise ‚gerügt‘ werden. In dem dadurch verursachten Glaubwürdigkeitsverlust für den Verantwortlichen liegt ein erhebliches und ausreichendes Sanktionspotenzial. Weiter reichende journalistische Verfehlungen sind Gegenstand ordentlicher gerichtlicher Verfahren.

Die materiellen Regeln des Kodex müssen in wichtigen Punkten präzisiert werden

In der Formulierung eines Journalismuskodex liegt auch die Chance, Bereiche präziser herauszuarbeiten, die im bisherigen Pressekodex nicht ausreichend geregelt sind. Dazu gehören vor allem

- Aufwertung der Recherche und Absicherung der Auskunftspflicht,
- Notwendigkeit der Quellentransparenz und PR-Abgrenzung in der Berichterstattung und
- Garantie des Informantenschutz.

Das Ziel muss sein, die unzureichende Definition und Absicherung der genannten Punkte zu korrigieren und die geltenden Normen entsprechend zu präzisieren – stets mit dem Ziel, den gesellschaftlichen Auftrag des Journalismus zu sichern und Handlungssicherheit zu befördern. Bislang wurde dieses Vorhaben nicht verfolgt, weil die journalistischen Vertreter im Presserat einem Konflikt mit den Verlegervertretern ausweichen wollten. Sowohl bei der Verbesserung der Recherche-Möglichkeiten als auch bei der Abgrenzung gegenüber der zunehmenden PR-Invasion werden die Interessen der Verleger tangiert. Auch die Absicherung der Auskunftspflicht von Behörden und ein garantierter Informantenschutz wirft massive Interessenkonflikte auf.



Notwendig ist deshalb auch die Erweiterung der Vorschriften, die das journalistische Selbstverständnis zwischen Information und kritischer Einordnung betreffen. Dazu wären – so weit wie möglich und ohne die journalistische Freiheit einzuschränken – Normen der Angemessenheit in der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Berichterstattung zu formulieren und in den Kodex aufzunehmen.

Autoren team:
Dr. Thomas Leif
Carsten Brosda
Dr. Christian Schicha
Prof. Dr. Michael Haller

Kontakt und Rückfragen an netzwerk-recherche.e.v.:

info@netzwerk-recherche.de

www.netzwerk-recherche.de



+



=



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

POMP DUCK AND CIRCUMSTANCE

Das total überdrehte Restaurant-Theater von Hans-Peter Wodarz

Was verbindet Künstler
und Journalisten?
Wer einen Beruf wählt,
den er liebt, braucht
keinen einzigen Tag im
Leben arbeiten.

Konfuzius


Die Erste
vom Ichel
Seit 1990
im Spiegelpalast
auf Tournee



Duckline:

030 / 26 949 200

Gleisdreieck · Möckernstr. 26

BERLIN

www.pomduck.de

Das Original. Unverwechselbar. Unerreicht.

■ netzwerk recherche – Die Ziele

1. Das „netzwerk recherche“ verfolgt das Ziel, die journalistische Recherche in der Medien-Praxis zu stärken, auf ihre Bedeutung aufmerksam zu machen und die intensive Recherche vor allem in der journalistischen Ausbildung zu fördern.
2. Zu diesem Zweck entwickelt das „netzwerk recherche“ Konzepte für die *Recherche-Ausbildung*, vermittelt Referenten und berät Institutionen der journalistischen Aus- und Weiterbildung. Das „netzwerk recherche“ veranstaltet zudem eigene Recherche-Seminare sowie Modellseminare zu verschiedenen Themen.
3. Das „netzwerk recherche“ bietet ein *Recherche-Mentoring* für jüngere Kolleginnen und Kollegen an, um einen intensiven Beratungs- und Austauschprozeß zu ermöglichen. Jungen Talenten, die intensiv recherchieren möchten, bietet das netzwerk „*Recherche-Stipendien*“ an.
4. Das „netzwerk recherche“ fördert den umfassenden Informationsaustausch zum Thema „Recherche“ und bietet seinen Mitgliedern entsprechende Foren an. Im Internet wird durch entsprechende *newsletter* die Kommunikation untereinander gefördert. Der Austausch über Projekte, konkrete Recherche-Erfahrungen etc., aber auch der Hinweis auf Weiterbildung und entsprechen de Serviceangebote ist hier möglich.
5. Das „netzwerk recherche“ beteiligt sich am *internationalen Austausch* entsprechender Journalisten – Organisationen in Europa und in Übersee.
6. Das „netzwerk recherche“ vergibt einmal im Jahr einen Preis für eine aussergewöhnliche Recherche-Leistung. Damit sollen die Themen und Konflikte beleuchtet werden, die in der Öffentlichkeit bislang nicht oder nicht ausreichend wahrgenommen wurden. Der *Leuchtturm – Preis für besondere publizistische Leistungen*.
7. Die Mitglieder des Netzwerkes setzen sich dafür ein, dass die Möglichkeiten der Recherche nicht eingeschränkt werden. Das „netzwerk recherche“ äußert sich öffentlich zu Fragen der Recherche und zur journalistischen Qualität, wenn Begrenzungen oder Einschränkungen der Pressefreiheit festgestellt werden.
8. Das „netzwerk recherche“ arbeitet mit anderen Journalisten-Organisationen und Gewerkschaften zusammen, die im Grundsatz ähnliche Ziele verfolgen und ebenfalls dazu beitragen, die Recherche im Journalismus zu stärken, um so die Qualität der Medien insgesamt zu verbessern.
9. Das „netzwerk recherche“ trifft sich einmal im Jahr zu einem *Jahreskongress* und erörtert jeweils aktuelle Tendenzen im Umfeld des „Recherche-Journalismus“. „netzwerk recherche“ setzt sich hier mit zentralen Themen der journalistischen Recherche und konkreten Fallbeispielen auseinander. Jedes Jahr wird ein „*Infoblocker*“ aus Politik oder Wirtschaft mit der „*Verschlossenen Auster*“ ausgezeichnet. Regionale Untergliederungen ermöglichen den Austausch in bestimmten Regionen.
10. Das „netzwerk recherche“ ist *politisch unabhängig* und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke. Der Zusammenschluß der Journalisten hat den Status der Gemeinnützigkeit erhalten. Die laufende Arbeit und die Projekte des „netzwerkes“ werden durch Spenden und Mitgliedsbeiträge (mindestens 60 Euro im Jahr) finanziert.

Aufnahmeanträge und Einzugsermächtigungen für den Mitgliedsbeitrag können unter www.netzwerkrecherche.de heruntergeladen werden.



netzwerk
recherche

Internet:
www.netzwerkrecherche.de

Kontakt:
info@netzwerkrecherche.de

Ausgewählte Literatur:

Blittkowsky, Ralf (1997): Online-Recherche für Journalisten,
2. überarbeitete Auflage 2002
Konstanz: UVK-Medien

Brendel, Matthias; Brendel, Frank (1999): Richtig Recherchieren. Wie Profis Informationen suchen und besorgen.
Ein Handbuch für Journalisten, Rechercheure und Öffentlichkeitsarbeiter.
Frankfurt: FAZ-Institut GmbH

Haller, Michael (2000): Recherchieren. Ein Handbuch für Journalisten
Konstanz: UVK-Medien (5. Aufl.)

Haller, Michael (Hrsg.) (2001): Recherche-Werkstatt.
Konstanz: UVK-Medien

Hartmann, Werner; Näf, Michael; Schäuble, Peter (2000): Informationsbeschaffung im Internet. Grundlegende Konzepte verstehen und umsetzen.
Zürich: Orell Füssli

Hoffacker, Gabriele (1999): Erfolgreiche Online-Recherche. Das Wissen der Welt und wie Sie es finden.
Kilchberg: Smart Books

Leif, Thomas (Hrsg.) (1998): Leidenschaft: Recherche. Skandal-Geschichten und Enthüllungs-Berichte.
Die gesamte Textdatei kann unter www.netzwerkrecherche.de heruntergeladen werden

Leif, Thomas (Hrsg.) (2003): Mehr Leidenschaft Recherche.
Opladen: Westdeutscher Verlag

Netzwerk Recherche (Hrsg) (2003): Trainingshandbuch Recherche, Informationsbeschaffung professionell..
Opladen: Westdeutscher Verlag

Ludwig, Johannes (2002): Investigativer Journalismus: Recherchestrategien, Quellen, Informanten.
Konstanz: UVK Medien

Redelfs, Manfred (1996): Investigative Reporting in den USA. Strukturen eines Journalismus der Machtkontrolle.
Opladen: Westdeutscher Verlag

Schöfthaler, Ele (1997): Recherche praktisch. Ein Handbuch für Ausbildung und Praxis.
München: List

Colordruck

Ausgewählte Links

- www.netzwerkrecherche.de - wichtige Informationen rund um die Recherche.
- www.ire.org - Der Verein "Investigative Reporters and Editors" in den USA ist eine mächtige Lobby für den Recherche-Journalismus.
- www.message-online.de - Der Internet-Auftritt der Medien-Fachzeitschrift "message", die regelmäßig über das Thema Recherche berichtet.
- www.journalistenlinks.de - Ausführl. Linkbaum zu allgemeinen und speziellen Websites für Journalisten.
- www.jourweb.com - u.a. Recherchedienste und Datenbanken
- www.infobote.de - Suchmaschinen, Archive & Datenbanken zur direkten Abfrage.
- www.jonet.org - homepage der jonet-Gemeinde

Impressum

- Herausgeber** netzwerk recherche e.V.
Marcobrunner Str. 6, 65107 Wiesbaden
info@netzwerkrecherche.de
www.netzwerkrecherche.de
Fax: 0611 / 49 51 52
- Konzeption** Dr. Thomas Leif (verantwort.)
- Red. Mitarbeit** Carsten Brosda, Ingmar Cario, Prof. Dr. Michael Haller,
Dr. Manfred Redelfs, Dr. Christian Schicha, Gottlob Schober, Dr. Rudolf Speth
- Titel+Artwork** Nina Faber de.sign, Wiesbaden
- Karikaturen** Gerhard Mester, Wiesbaden
- Druck** Colordruck Leimen
- Spendenkonto:** Sparkasse Köln (BLZ 370 50 299); Konto-Nr. 69863
- Bankverbindung** „netzwerk recherche e.V.“ ist vom Finanzamt Wiesbaden als gemeinnützig anerkannt.



Die DiBa –
Allgemeine Deutsche DirektBank
fördert verbraucherfreundliche
Berichterstattung über Banken und
Finanzdienstleistungen.

Der Preis ist heiss

Der Helmut Schmidt-Journalistenpreis
für das Jahr 2004* gehört Ihnen

– wenn Sie unsere Jury überzeugen:

Dr. Arno Balzer,
Chefredakteur „manager magazin“

Dr. Christine Kolmar,
Stv. Chefredakteurin n-tv

Dr. Berthold Morschhäuser,
Chefredakteur „bank und markt“

Michael Opoczynski,
Redaktionsleiter „WISO“

Dr. Ulrich Ott,
Pressesprecher der DiBa

Kai Stepp,
Chefredakteur „Capital“

Hubertus Primus,
Chefredakteur „test“

Ulrich Wickert,
Erster Moderator bei den
ARD-Tagesthemen

Prof. Dr. Volker Wolff,
Journalistisches Seminar der
Universität Mainz

Schicken Sie Ihren Beitrag bis spätestens **15. Juli 2004** an:

DiBa – Allgemeine Deutsche DirektBank, Dr. Ulrich Ott
Theodor-Heuss-Allee 106, 60486 Frankfurt am Main

Tel.: 0 69/27 222 6233 Fax: 0 69/27 222 6116

E-Mail: u.ott@diba.de

oder bewerben Sie sich online:

www.diba.de/presse

DiBa
Allgemeine Deutsche DirektBank AG

„Wir brauchen Journalisten,
die Hintergründe
transparent machen und
zugleich für jeden verständlich
formulieren können.
Die Zielsetzung des Jour-
nalistenpreises, den die
Allgemeine Deutsche
DirektBank einmal im Jahr
vergift, entspricht meiner
Vorstellung von einem
Wirtschaftsjournalismus, der
dem Bürger Urteilskraft über
ökonomische Themen
verschafft.“

Helmut Schmidt



* Folgende Preise werden
vergeben:

1. Preis 7.500 EURO
2. Preis 5.000 EURO
3. Preis 2.500 EURO

Die Jury berücksichtigt
Pressartikel, Online-Konzepte
sowie Hörfunk- und
Fernsehbeiträge, die zwischen
dem 16. Juli 2003 und dem
15. Juli 2004 im deutsch-
sprachigen Raum erschienen
sind und sich kritisch mit
Entwicklungen im
Finanzdienstleistungssektor
auseinander setzen. Autoren
können sich mit maximal
2 Beiträgen selbst bewerben.
Vorschlagsberechtigt sind auch
Ressortleiter, Chefredakteure,
Verleger und Leser.

Helmut Schmidt-Journalistenpreis 2004